

Wahlkampf in Berlin: Ehrenamtliche kämpfen gegen Winterkälte und Gewalt

In Berlin beginnt der Wahlkampf 2025 unter schwierigen Bedingungen. Parteien müssen kreative Wege finden, um Wähler zu erreichen.



Der Wahlkampf zur Bundestagswahl hat in Berlin begonnen, und die Vorzeichen sind alles andere als rosig. Trotz kühlem Wetter versuchen es die politischen Akteure, ihre Botschaften unter das Volk zu bringen. Mario Rhode, Landesvorsitzender der Freien Wähler Berlin, merkt an, dass die Kälte die Stimmung und die Überzeugungsarbeit erheblich erschweren könnte. „Bis zum 23. Februar bleibt nicht viel Zeit, um die Menschen zu überzeugen“, sagt er. Die Freien Wähler streben an, ihre Stimmenanzahl durch den Ausbau des Steuerfreibetrags und eine Begrenzung der Migration zu erhöhen. Daneben ist die Sammlung von 2.000 Unterschriften bis zum 20. Januar für die kleinen Parteien eine große Herausforderung, wie **rbb24.de** berichtet.

Für die etablierten Parteien ist der anstehende Wahlkampf ebenfalls keine einfache Angelegenheit. Jan-Marco Luczak von der Berliner CDU hebt hervor, dass der zeitliche Druck und die winterlichen Verhältnisse die Arbeit der Ehrenamtlichen stark belasten. Ab der Nacht von Samstag auf Sonntag wird der Wahlkampf durch das Anbringen von Wahlplakaten offiziell eingeläutet. Dabei müssen die Parteien um die besten Plätze an den Laternenmasten wetteifern. Die CDU plant mit etwa 40.000 Plakaten, gefolgt von den Linken mit 24.000, den Grünen mit 20.000 und weiteren Parteien, die insgesamt über 100.000 Plakate aufhängen werden, um sichtbar zu bleiben.

Die Schatten der Silvesternacht

Kommt zu diesen Herausforderungen auch noch die Erinnerung an die erschütternden Ereignisse der Silvesternacht? Mario Rhode appelliert in einem offenen Brief an die Politiker, die Gewalttaten ernst zu nehmen und Maßnahmen zu ergreifen, um solche Vorfälle nicht zu wiederholen. Die brutalen Angriffe während der Feierlichkeiten führten zu zahlreichen Verletzten und einer tiefen Betroffenheit unter den Einsatzkräften. „Der Silvester-Terror hat eine neue Dimension erreicht“, heißt es in dem offenen Brief der Freien Wähler Berlin. Politisch Verantwortliche werden aufgefordert, die Polizei stärker zu unterstützen, um künftig solche Ausschreitungen zu verhindern. Diese Forderungen dürfen nicht im ideologischen Streit untergehen, wie **freiewaehler.berlin** betont.

RBB24

Details

Quellen

- **www.rbb24.de**
- **freiewaehler.berlin**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de